



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

VOLKSENTSCHEID IN FRANKFURT/ODER: ZEICHEN FÜR DEN STADTUMBAU

14.07.2008 Fachinformation

Potsdam – "Die Frankfurter wissen, dass am Abriss von Wohnungen kein Weg vorbei führt, wenn ihre Stadt eine Zukunft haben soll", sagte Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU). Deshalb hätten sie in ihrer überwiegenden Mehrheit beschlossen, dem Stadtumbau seinen Lauf zu lassen. An dem Volksentscheid hatten sich nach Aussage des Wahlamtes der Stadt nur rund 13 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt. Erforderlich wäre eine Beteiligung von mindestens 25 Prozent gewesen. "Wir werten das Scheitern des Volksentscheids als Zustimmung der Frankfurter zum Stadtumbaukonzept", so Burkardt. Das sei eine gute Nachricht für die Stadt, die jetzt mit Nachdruck weiter an der Sicherung ihrer Zukunftsfähigkeit arbeiten könne. Stadtumbau sei immer eine Suche nach Kompromissen. Dabei gelte es, städtebauliche und betriebswirtschaftliche Kriterien miteinander in Einklang zu bringen. Die Auseinandersetzung darum taue nicht zu Polarisierungen, so Burkardt. "Die Debatte sollte sachlich und auf der Grundlage von Fakten geführt werden." Im Zentrum müsse dabei stehen, dass in Frankfurt/Oder nach aktuellen Prognosen des Landesamtes für Statistik Berlin-Brandenburg 2030 rund 15.000 Menschen weniger wohnen werden als heute. Das entspricht etwa einem Viertel der jetzigen Einwohnerzahl. Unter dem Dach des BBU sind 362 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die BBU-Mitgliedsunternehmen bewirtschaften gut 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.

<https://bbu.de/beitraege/volksentscheid-frankfurtoder-zeichen-fuer-den-stadtumbau>